

N I E D E R S C H R I F T

über die 32. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	08.05.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:20 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Boller, Joachim
Elter, Uwe
Fries, Traute
Holzäpfel, Prof. Dr., Heinz
Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Dreisbach, Jürgen
Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Köhl, Siegfried
Moll, Ilona
Mues, Gunter
Mues, Steffen - für Stv Schiemer, Hansgeorg - bis 17.25 Uhr (TOP 11)
Otto, Günter - für Stv Bertelmann, Hans-Günter
Rothenpieler, Wilhelm
Schulte, Werner
Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Walter, Klaus-Volker

A. Ö F F E N T L I C H E S I T Z U N G

Die nachgereichte Anfrage der SPD-Fraktion wird unter Punkt 3 beantwortet.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Walter bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

3.1. Gebäudemanagement

Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.04.2002

Herr Bürgermeister Stötzel beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Auf Grund des Antrages vom 30.01.2002 für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.02.2002 hatte ich bereits mitgeteilt, dass die mit der organisatorischen und personalwirtschaftlichen Umsetzung verbundenen Konsequenzen eines erheblichen Abstimmungsbedarfs und einer intensiven und umfassenden, leider damit verbundenen auch sehr zeitintensiven, Überprüfung bedürfen.

Eine im Sinne der Anfrage genaue Bezifferung der Höhe möglicher Kosteneinsparungen durch die Einführung eines Gebäudemanagements kann exakt nicht erfolgen, da

1. wesentliche Einsparungen bereits durch die Umsetzung des Gebäudereinigungskonzeptes abgeschöpft wurden,
2. mögliche weitere Einsparungen abhängig sind von der konzeptionellen Ausgestaltung des Themas, wie z. B.
 - welche bestehenden Organisations- und Aufgabenbereiche sind sinnvoll in einer neuen Organisationseinheit zusammenzufassen,
 - oder sollen im Sinne eines "learning by doing" einzelne Aufgabenbereiche eines Gebäudemanagements im Sinne eines modellhaften Einstiegs umgesetzt werden.

Grundsätzlich muss darauf hingewiesen werden, dass durch die Umsetzung des Gebäudereinigungskonzeptes seit 1996 bereits kumuliert 2,2 Mio. € konkret eingespart wurden, die nach der Definition einem Gebäudemanagement zuzurechnen wären.

Weitere Einsparungsmöglichkeiten werden meinerseits durch die Neuorganisation der Hausmeisterdienste (z. B. Einrichtung von Regiekolonnen zur Durchführung notwendiger Reparatur-, Instandhaltungs- und Verschönerungsarbeiten) bzw. die Neustrukturierung des Aufgabenbereiches Energiebewirtschaftung verbunden mit einer

Intensivierung der Energieüberwachung gesehen.

Auf die Bezifferung einer Kosteneinsparungsgröße wird bewusst verzichtet, da diese nicht verifizierbar wäre.

Wegen den erheblichen organisatorischen Auswirkungen bei der Umsetzung des Projektes Gebäudemanagement besteht meinerseits die Absicht, in der nächsten Sitzung des Ältestenrates, der voraussichtlich Ende Mai stattfinden wird, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Eine eingehende Beratung in diesem Gremium halte ich angesichts der Bedeutung und des Umfangs des Themas vor Einbringung einer entsprechenden Verwaltungsvorlage in die politischen Gremien für geboten."

Herr Kirchhöfer verweist auf die Aussage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zur Existenz einer Vorlage und zeigt sich verwundert, dass keine Einsparsumme beziffert werden kann, obwohl der Bürgermeister in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts eine Größenordnung angegeben hat.

Herr Bürgermeister Stötzel merkt an, dass Grundsatzfragen in erheblichem Umfang angesprochen werden müssen. Nach intensiverer Bearbeitung des Themas ist für ihn erkennbar geworden, dass eine genauere Differenzierung auch hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen erforderlich ist.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW

5.1. Schließung bzw. Neuorganisation des Sozialamtes Anregung / Beschwerde des Herrn Roland Meyer vom 05.04.2002 gem. § 24 GO NW sowie Ergänzungsschreiben vom 13.04.2002

Vorlagenr. 1907/2002 - Vorlage vom 15.04.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, gem. Anlage II, Buchst. A, Ziff. 2b und 3a ,von einer sachlichen Prüfung der Anregung / Beschwerde gem. § 24 GO NW ab-zusehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss erklärt die Anregung damit für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**5.2. Verkehrsberuhigung in der Hohe Straße in Siegen-Geisweid von der Einmündung Birlenbacher Straße bis Sohlbacher Straße
Anregung / Beschwerde gem. § 24 GO NW des Herrn Manfred Muth und andere; Eingang 03.04.2002**

Vorlagennr. 1911/2002 - Vorlage vom 23.04.2002

Durch einen Anlieger der "Hohe Straße" werden ergänzend folgende Punkte vorge-
tragen:

- Parkverkehr durch Besucher der Einrichtungen im Gebäude "Blauer Bock"
- Schließung der Hofbachstraße und der Hüttenstraße
- Überschreitung der Geschwindigkeitsbeschränkung
- schlechte Erkennbarkeit der Beschilderung

Herr Boller sieht dringenden Handlungsbedarf und fordert daher, die Thematik auch im Hinblick auf den ruhenden Verkehr bereits in der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses zu behandeln.

Herr Kirchhöfer verweist auf die Entscheidung im Verkehrsausschuss am 11.04.2002 zur Verkehrsregelung in der Hüttenstraße und sieht hier einen vergleichbaren Sachverhalt.

Herr Brune führt aus, dass die Frage des Durchgangsverkehrs auf Grund des v. g. Beschlusses als erledigt anzusehen ist. Möglichkeiten zur Geschwindigkeitsreduzierung sollten in der Arbeitskommission und im Fachausschuss erörtert werden.

Herr Elter regt an, die Verkehrsentwicklung nach der Öffnung der Hüttenstraße für ca. einen Monat zu beobachten und dann über die Einrichtung einer Anwohnerparkzone zu beraten. Diesbezüglich sind die Anwohner jedoch auf die Gebührenpflicht nach StVO ausdrücklich hinzuweisen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gem. Ziff. 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und verweist die Anregung unter Berücksichtigung der vorgebrachten Hinweise zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. Übersicht der Partnerschaftsbegegnungen im Jahr 2001 mit Zuschussanträgen

Vorlagennr. 1880/2002 - Vorlage vom 05.04.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die Übersicht der Partnerschaftsbegegnungen des Jahres 2001 mit Zuschussanträgen zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 7. Förderung der Stadt Siegen bei Partnerschaftsbegegnungen;
hier:
Richtlinien der Stadt Siegen für die Gewährung von Zuschüssen bei
Partnerschaftsbegegnungen - unter Berücksichtigung der Euroumstellung**

Vorlagenr. 1881/2002 - Vorlage vom 05.04.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Anpassung der Förderungsbestimmungen und Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen bei Partnerschaftsbegegnungen im Rahmen der Währungsumstellung von DM auf Euro mit Wirkung vom 1. Januar 2002 gemäß Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 8. Partnerschaftspflege;
hier:
Anträge von Vereinen, Schulen und Gruppierungen auf Bezuschussung
von Partnerschaftsbegegnungen im Jahr 2002**

Vorlagenr. 1882/2002 - Vorlage vom 05.04.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Durchführung der aufgelisteten Partnerschaftsbegegnungen zu und beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2002 die Verteilung der Haushaltsmittel entsprechend dem der Vorlage beigefügten Verwaltungsvorschlag.

Weitere Begegnungen, für die bisher noch kein Antrag vorliegt, können im Rahmen des Haushaltsansatzes gemäß Richtlinien bezuschusst werden

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

- 9. Bädergutachten;
hier: Analyse und Umsetzungsempfehlungen**

Vorlagennr. 1807/2002 - Vorlage vom 23.04.2002

Herr Baumeister verweist auf seine Stellungnahme und betont, dass neben fachspezifischen Interessen insbesondere die finanziellen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden müssen. Bei der Beurteilung und Abwägung sind weniger mögliche Zielkonflikte, sondern vielmehr konkrete Bedarfe, Konsequenzen aus einzelnen Maßnahmen sowie Möglichkeiten zur Kostenreduzierung in den Vordergrund zu stellen.

Herr Bürgermeister Stötzel merkt an, dass die Stadt Siegen ein qualitativ gutes Bäderangebot vorweisen kann. Der Hauptinvestitionsbedarf liegt seines Erachtens im Bereich der Technik und der Attraktivität.

Herr Mues macht deutlich, dass die zahlreichen Detailpunkte zunächst im Fachausschuss beraten werden müssen. Der Haupt- und Finanzausschuss sollte daher dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen und auch keine Richtungsvorgabe treffen. Er schlägt vor, die Analyse zur Kenntnis zu nehmen. Die in der Vorlage exemplarisch aufgeführten Punkte sollten in der weiteren Diskussion Berücksichtigung finden. Aus finanziellen Gründen ist seines Erachtens eine Veränderung nur in kleinen Schritten möglich.

Herr Kirchhöfer hält die Akzeptanz der städtischen Bäder für zufriedenstellend, wenn auch das Niveau der Angebote partiell verbessert werden kann. Diesbezüglich ist eine genaue Kosten-Nutzen-Analyse erforderlich. Er bittet zu klären, wie sich bei dem Betrieb des Hallenbades Weidenau als Sportbad die Transportkosten und -zeiten für den Schulsport darstellen. Darüber hinaus möchte er wissen, wie die Chance einer Privatisierung der Sauna im Hallenbad Löhrtor eingeschätzt wird. Im übrigen schließt er sich dem Vorschlag seines Vorredners an. Die unter den Spiegelstrichen aufgeführten Aspekte sind in der weiteren Beratung zu vertiefen.

Herr Dr. Stötzel ist der Meinung, dass der Fachausschuss nicht nur über die eine, von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante, sondern über alle im Konzept aufgeführten Alternativen beraten sollte. Den Verwaltungsvorschlag empfindet er als Zielvorgabe, in der Punkte mit politischer Bedeutung teilweise nicht berücksichtigt werden.

Auch Herr Boller möchte die Beratung als erste Lesung verstanden wissen und keine Empfehlung abgeben. Er bittet, Einsparpotenziale durch den Einsatz von Kassenautomaten und Möglichkeiten zur Senkung der Betriebskosten durch Investitionen für Maßnahmen zur Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs in der weiteren Diskussion zu berücksichtigen.

Auf die Frage von Herrn Boller erklärt Herr Baumeister, dass er hinsichtlich der Freibäder Eiserfeld und Seelbach konkrete Aussagen zum weiteren Betrieb als Entscheidungsgrundlage für künftige Investitionen für erforderlich hält. Zunächst die Akzeptanz der Bevölkerung abzuwarten ist im Hinblick auf eine möglicher Weise verregnete Saison keine Ausgangsbasis.

Herr Otto weist darauf hin, dass bei einer Veränderung des Schulschwimmens auch der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen hinzugezogen werden soll.

Herr Dr. Holzäpfel beurteilt sowohl das Gutachten, als auch die Zusammenfassung der Verwaltung und die zielgruppenorientierten Vorschläge als gut. Die Schließung eines Bades möchte er nicht von vorne herein ausschließen, da die Grundversorgung gewährleistet ist und die Angebote im Umland mit betrachtet werden müssen. Bei der Löhrtor-Sauna sieht er die eingeschränkten Öffnungszeiten z. B. an Sonn- und Feiertagen als problematisch und hält Überlegungen zur Privatisierung unter diesem Gesichtspunkt für möglich.

Herr Walter ist der Meinung, dass die Errichtung eines Wellnessbades o. ä. für eine Kommune finanziell nicht tragbar ist. Dennoch sollte das gesamte Konzept und die aufgezeigten Möglichkeiten unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit beraten werden. Hinsichtlich der Sauna bitte er, Erfahrungswerte zu den Öffnungszeiten in anderen Betrieben hinzuzuziehen.

Herr Mues gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass auch eine Teilprivatisierung mit Gewährung eines städtischen Zuschusses an einen Investor in Betracht kommen könnte. Abschließend hält er fest, dass sich zunächst nur der Sport- und Bäderausschuss mit der Thematik befassen sollte. Weitere Gremien könnten später zu fachspezifischen Punkten weitere Gremien hinzugezogen werden.

Beschluss (in Abänderung des Verwaltungsvorschlages):

Der Haupt- und Finanzausschuss als Planungsausschuss nimmt die Analyse des Bädergutachtens und die Umsetzungsempfehlungen der Fa. Altenburg Unternehmensberatung zur Kenntnis und überweist die Vorlage zur Beratung an den Sport- und Bäderausschuss.

Dabei sind u. a. folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Die Warmwasserfreibäder Siegen-Kaan-Marienborn und Siegen-Geisweid sind kurzfristig zu sanieren. Die Aufenthalts- und Liegeflächen sind mittelfristig zu attraktivieren.
- Kurz- bis mittelfristig sind die drei Hallenbäder zu sanieren.
- Die Hallenbäder sind wie folgt zielgruppenorientiert zu betreiben:
 - Hallenbad Weidenau
Sportbad für Schulen, Vereine und Sportschwimmer
mit eingeschränkten öffentlichen Schwimmzeiten
 - Hallenbad Löhrtor
Kurs- und Aktionsbad
 - Hallenbad Eiserfeld
Familienbad und Behindertensport

Die Gesamtöffnungszeiten sind moderat zu reduzieren.
Abrechnungstechnik (Kassenautomaten) ist anzuschaffen.
Die Zielgruppenorientierung führt mittelfristig zu Einsparungen im Personalbereich in Höhe von ca. 150.000 Euro jährlich.

- Die Preispolitik ist zu bereinigen.
Die Preisstruktur sollte sich weitgehend am Vorschlag der Gutachter (Anlage 6) orientieren, die eine Einkommensverbesserung von jährlich ca. 30.000 Euro prognostizieren. Eine detaillierte Vorlage ist zu erarbeiten.
- Mittelfristig ist das Naturfreibad Seelbacher Weiher zu sanieren.
Eine Privatisierung wird angestrebt.
- Die im Optimierungskonzept enthaltene Attraktivierung der Sauna wird verschoben und langfristig umgesetzt, wenn es die Haushaltslage zulässt.
- Eine Entscheidung zum Betrieb des Naturfreibades Eiserfeld sollte nach Überprüfung der Annahme durch die Bevölkerung im Jahre 2002 spätestens nach der Badesaison 2003 getroffen werden.
- Langfristig ist das Hallenbad Eiserfeld zu einem zeitgemäßen Familienbad auszubauen, sofern es die Haushaltslage zulässt.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen Detailkonzepte unter Einbeziehung von Bau- und Finanzierungsplänen zu erarbeiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. Kommunale Beschäftigungsförderung - Neue Arbeit Siegerland gGmbH - Gesellschaftervertrag

Vorlagenr. 1915/2002 - Vorlage vom 26.02.2002

dazu: Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2002

Die SPD-Fraktion kann sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion nicht anschließen, so Herr Dr. Stötzel. Kommunales Ziel bei der Einrichtung einer solchen Beschäftigungsgesellschaft ist die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und somit die Reduzierung der Sozialhilfesaufwendungen. Die Interessen der übrigen Gesellschafter liegen jedoch nicht in dieser Richtung. Daher ist zu befürchten, dass sich diese aus der Gesellschaft zurückziehen, da sie ihre Mittel auch anderweitig einsetzen können. Er hält es für erforderlich, vor einer solchen Entscheidung zunächst Gespräche aufzunehmen.

Herr Dr. Rohr teilt die Einschätzung von Herrn Dr. Stötzel und regt an, in nichtöffentlicher Sitzung über mögliche Konsequenzen zu beraten.

Herr Bürgermeister Stötzel versteht den Antrag als Auftrag an die Verwaltung, im Sinne des Antrages Verhandlungen aufzunehmen.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

1. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird nicht gefolgt.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert,
 - a) mit den übrigen Gesellschaftern den Gesellschaftervertrag neu auszuhandeln. Dabei wird auf folgende Punkte besonderer Wert gelegt:
 - aa) Vorrangiges Ziel muss die Wiedereingliederung der sozial benachteiligten Jugendlichen und dauerarbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt sein,
 - ab) es muss eine Endschaftsklausel in den Gesellschaftervertrag eingebaut werden,
 - ac) den Gesellschaftern muss ein Kündigungsrecht ihrer Beteiligung eingeräumt werden unter Berücksichtigung von entsprechenden Fristen und ggfs. Vorkaufsrechten der übrigen Gesellschafter,
 - b) dafür Sorge zu tragen, dass der Rat grundsätzlich ein Weisungsrecht gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen in der Gesellschafterversammlung ausüben kann (die praktische Ausgestaltung ist entsprechend auszuarbeiten),
 - c) die übrigen Gesellschafter mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass in Zukunft eine Verlustabdeckung, Bürgschaftsübernahme etc. seitens der Stadt Siegen nur noch in Höhe ihres Beteiligungsanteils (25 %) vorgenommen werden kann.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 5 dagegen, 2 Enthaltungen

11. Haushalt 2003

hier: Verfahren zur Aufstellung des Haushalts einschließlich Terminplanung

Vorlagenr. 1892/2002 -Vorlage vom 11.04.2002

Für Herrn Boller ist der Bearbeitungszeitraum zwischen der Beratung im Verwaltungsvorstand und der Übersendung der Unterlagen an den Rat nicht nachvollziehbar. Er hält es für unproblematisch, den Haushaltsentwurf bereits in der November-Sitzung einzubringen und somit den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen.

Herr Baumeister führt aus, dass nach der Festlegung der einzelnen Veranschlagungen eine umfassende Überarbeitung auf der Grundlage des erst im Herbst vorliegenden Referentenentwurfs zum Gemeindefinanzierungsgesetz und der Eckdaten des Kreises erforderlich ist. Diese Arbeiten nehmen mehrere Wochen in Anspruch. Eine frühere Einbringung hätte zur Folge, dass diese Daten und die damit verbundenen Auswirkungen im Entwurf nicht hinreichend berücksichtigt werden können.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von dem aus der Anlage ersichtlichen Verfahren zur Aufstellung des Haushalts 2003 einschließlich Terminplanung Kenntnis. Gleichzeitig werden folgende Festlegungen getroffen:

- a) Die Einbringung des Haushalts 2003 erfolgt in der Sitzung am 18. Dezember 2002.
- b) Die Beschlussfassung über den Haushalt 2003 erfolgt im Februar 2003.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen

12. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Eiserfeld;

hier:

- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
- **Beschluss der Bebauungsplanänderung als Satzung**

Vorlagenr. 1828/2002 - Vorlage vom 14.03.2002

Herr Kirchhöfer möchte wissen, inwieweit die damalige Zuweisung im Umlegungsverfahren durch die Planänderung im Wert verändert wird und wie sich die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Siegen in der Gegenrechnung darstellen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern keine Anregungen zum Entwurf der Bebauungsplanänderung vorgebracht wurden;
2. die während der öffentlichen Auslegung seitens der Träger öffentlicher Belange (TÖB) vorgebrachten Hinweise zum Entwurf der Bebauungsplanänderung gemäß der der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;

3. die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" gemäß § 10 Bau-gesetzbuch (BauGB) als Satzung;
4. die Begründung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 206 "Wiedthal" laut Anlage 3 zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

13. **I. Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost";**
hier:
Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen An-regungen
 - **Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung**
 - **Beschluss über die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW**

Vorlagenr. 1854/2002 - Vorlage vom 25.02.2002

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nehmen die Herren Kirchhöfer und Prof. Dr. Holzäp-fel an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Bürgermeister Stötzel weist auf nachstehende Ergänzungen des Bezirksaus-schusses III - Siegen-Ost - und redaktionellen Änderungen hin.

Empfehlung des Bezirksausschusses:

Um Konflikte zwischen der Nutzung der Turnhalle und einer Wohnnutzung zu ver-meiden, sind im Zuge der Umlegung zunächst nur die städtischen Grundstücke in den geplanten Ausbaubereich des Turnhallenweges zu legen.

Redaktionelle Änderung:

In der Vorlage auf Seite 5 muss im vorletzten Absatz die Nummer 5114-0001-2001 in 5114-0006-2001 geändert werden.

Auf Seite 23 der Satzungsbegründung (Anlage 3 der Vorlage) ist zum einen unter dem Kapitel „Wohnbauflächen“ die Zahl 165.895 m² aus der *rechten* Spalte zu strei-chen, zum anderen ist unter der Überschrift „Wohneinheiten (WE), östlich“ die Anzahl der eingeschossigen Wohneinheiten von 112 auf 132 zu erhöhen.

Herr Boller bittet, falls bis zu Ratssitzung ein Urteil vorliegt, dieses dem Rat zur Ver-fügung zu stellen.

Auf die Frage von Herrn Boller erklärt Herr Krüger, dass in Absprache mit der Auf-sichtsbehörden für das wasserwirtschaftliche Verfahren die Einleitung des Oberflä-chenwassers im Rahmen der Ausführungsplanung für die Entwässerung bearbeitet wird. Auswirkungen auf das Bebauungsplanverfahren sind nicht zu erwarten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß der als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;
3. die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW;
4. den Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
5. die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" laut Anlage 3.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (Grüne), 0 Enthaltungen

- 14. Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg - V. 134 -;
Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw.**

Vorlagenr. 1847/2002 - Vorlage vom 24.01.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten im Rezess über die Zusammenlegungssache von Volnsberg vom 12.08.1921 - V. 134 -;
Aufhebung der Zweckwidmung für den Wirtschaftsweg Gemarkung Volnsberg Flur 1 Flurstück 144 tw. (Teilstück von der Rabenhainstraße bis hinter die abzweigenden Wege Nr. 145 und 240).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte

Vorlagennr. 1749/2002 - Vorlage vom 12.12.2001

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. den Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte mit dem Szenario Ökologie als Rahmenplan.

Der Verkehrsentwicklungsplan ist die zielführende Leitlinie für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Szenario Ökologie zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Mobilitätsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet Siegen.

2. den Rechenfall 8 mit
 - Siebertunnel
 - Busspuren und
 - Verkehrsberuhigung Kölner Tor;
3. den 1982 vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Generalverkehrsplan für den Bereich Siegen-Mitte durch den VEP zu ersetzen;
4. den Planungsauftrag für die Erstellung der Unterlagen für das Linienbestimmungsverfahren (§ 37 StrWG NW);
5. die im Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) für den Bau des Siebertunnels (SBT) erstellten Fachbeiträge
 - "Verkehr"
 - "Bebaute Umwelt"
 - "Landschaft"der Bezirksregierung Arnsberg zur Einleitung des Linienbestimmungsverfahrens entsprechend des § 37 Abs. 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zuzusenden;
6. für die Realisierung der in der Kosten-Wirksamkeits-Analyse aufgelisteten Einzelmaßnahmen - Kostenvolumen ≈ 47 Mio. € (Anlage 6) - sind in jedem einzelnen Fall gesonderte Ratsbeschlüsse erforderlich.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimme Grüne), 0 Enthaltungen

16. Neubau Brücke Formerstraße - Kreuzungsvereinbarung mit der Sieger Kreisbahn

Vorlagennr. 1801/2002 - Vorlage vom 05.03.2002

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt den Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung in Anlehnung an § 13 EkrG mit der Sieger Kreisbahn zur Anpassung der Lichtzeichenanlage des Bahnüberganges Formerstraße wegen des Neubaus der Brücke Formerstraße.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**17. Verlegung der Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen
hier:
Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung**

Vorlagennr. 1916/2002 - Vorlage vom 17.04.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Für die Vergabe von Aufträgen zur Fertigstellung der Maßnahme "Verlegung Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen" wird gemäß § 82 Abs. 1 i. V. m. § 84 Abs. 1 GO NW eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 1.690.9547.7 - 52 Verlegung Rösche Reinhold-Forster-Erbstollen, Baukosten - in Höhe von 100.000 € bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme von VE bei der Haushaltsstelle 1.690.9532.9 - 37 Auswechslung Verrohrung Gosenbach, Baukosten - in gleicher Höhe.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen